

«Service public bei SRF»

Nachdem SRF knapp überlebt hat, könnte man meinen, sie hätten etwas dazugelernt. Aber es geht im gleichen Trott weiter. Seit Jahren ärgere ich mich über den verspäteten Beginn der Sendungen und die aufgezwungene Werbung, die ich auch noch bezahlen muss. Montag, 7. Mai, 23.30, «Tagesschau» Nacht: Endlich, um 23.36 Uhr, beginnt die Tagesschau. Ganze 6 Minuten Verspätung mit Werbung für die ganz Doofen. Das ist eine ungeheuerliche Respektlosigkeit gegenüber den Kunden.

Paul Stolzer, Oberweningen

«Zum Spielabbruch in Oberglatt»

Zu «Jubel in Wallisellen, Ärger in Embrach»

Ausgabe vom 15. Mai

Der Spielabbruch in der Partie Oberglatt - Embrach ist nicht erklärbar und muss mit einer forfait-Niederlage gewertet werden. 3 Punkte zugunsten Embrachs. Es geht nicht, dass ein anwesender Schiedsrichter als Zuschauer den Auftrag nicht wahrnimmt und als Ersatzschiedsrichter das Spiel zu Ende leitet. Herr Hirt war Schiedsrichter des Jahres und von ihm hätte ich eine andere Reaktion erwartet. Die Stellungnahme des Sportchefs von Oberglatt ist bedenklich. Es ist zu erwarten, dass der FVRZ genau abklärt.

Guido Müller, Regensdorf

«So geht das nicht, liebe Verantwortliche»

Ich bedaure ausserordentlich, dass so viele Automobilisten immer noch nicht begriffen haben, wie wichtig eine intakte Natur für uns Menschen ist. Dazu gehören nun einmal auch Schutzmassnahmen für unsere Fauna, und diesbezüglich begrüsse ich die rigorose Haltung der Naturschützer in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei Kloten.

Allerdings wäre es dringend nötig, die Absperrmassnahmen und die Signalisation zu überdenken. Ich fuhr selber Ende März abends von Birchwil/Kreuzstrasse in Richtung Eigental. Beim Kreiselausgang sah ich zwar den Hinweis auf die Sperrung und wollte deshalb vor der eigentlichen Barriere links über Gerlisberg nach Oberembrach. Bei der Abzweigung war dann allerdings auch diese Route infolge Sperrung nicht möglich. Deshalb Umkehr, zurück zum Kreisel und über Bassersdorf - Kloten - Augwil zurück zum

«Schattendasein erst nach meiner Entlassung»

Zu «Dem Uniquartier etwas zurückgeben»

Ausgabe vom 12. Mai

Thomas Schraner behauptet in seinem Beitrag zum Medizinhistorischen Museum der Universität Zürich («Zürcher Unterländer» vom 12. Mai), dieses hätte «unter Christoph Mörgeli ein Schattendasein» gefristet. Tatsache ist, dass dieses Museum unter meiner Leitung völlig neu und modern gestaltet wurde, dass ich 39 Sonderausstellungen durchgeführt und zahlreiche Publikationen dazu verfasst habe. Zudem konnte ich für das Museum nachweislich über drei Millionen Franken an Drittmitteln einwerben. Die offizielle Evaluation der

Universitätsleitung durch externe internationale Experten kam zum Schluss, es würden «eine Vielzahl museologischer Stilmittel eingesetzt» und «es beeindruckt die ausgewogene Darstellung auf hohem Niveau und das gelungene didaktische Konzept, das sowohl den Fachmann als auch den Laien anspricht».

Das Zürcher Verwaltungsgericht hat 2015 rechtsgründig festgehalten, dass mir die Universität Zürich in formell «schwerwiegender» und auch in materieller Hinsicht «unrechtmässig» gekündigt hat. Ein «massgebliches Verschulden» von Prof. Mörgeli sei «zu verneinen». Das Verwaltungsgericht hat weiter geurteilt,

dass sich die Universität bei ihrer Kündigung ausdrücklich nicht auf angebliche Leistungsmängel von Prof. Mörgeli berufen konnte: «Der Kündigungsgrund der mangelhaften Leistung muss als treuwidrig gewertet werden.»

Im Artikel wird mir auch vorgeworfen, ich hätte «Museum und Sammlung offenbar vernachlässigt». In Wahrheit habe ich immer wieder schriftlich und 2007 auch anlässlich eines Treffens mit der Universitätsleitung auf gravierende Probleme der Sammlung hingewiesen. Meine Vorgesetzten gestanden zwar die «ungenügende personelle und finanzielle Ausstattung des Instituts» ein, hielten aber im Protokoll fest:

«Die Vertreter der Universitätsleitung und der Dekan sind der Meinung, dass die Erfassung und Konservierung von Beständen und Sammlungen nicht über Bildungsgelder erfolgen sollte [...]. Die Pflege und Erschliessung alter Bestände sei eher eine Aufgabe des Staates als der Universität Zürich.»

Nach meiner unrechtmässigen Entlassung stand plötzlich eine Million Franken für die Sammlung zur Verfügung. Was nicht verhinderte, dass das Museum nach meinem Abgang ins Schattendasein der dauernden Schliessung versank.

Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Stäfa

«SRF: Parteisch bis zynisch»

«Tagesschau», 14. Mai: SRF «informiert» völlig einseitig über die gewalttätigen Demonstrationen am Grenzraum zwischen Gaza und Israel. Minutenlang wird über «brutale israelische Gewalt» und über die «Verzweiflung» der Palästinenser berichtet. Die israelische Seite kommt nicht zu Wort. Schuld sei, so wird mehrmals betont, die «Blockade» Gazas durch Israel. Kein Wort darüber, dass die Terrororganisation Hamas den Gazastreifen fest im

Griff hat, dass seit Jahren Tausende von Raketen aus Verstecken in Schulen, Kindergärten und Spitälern auf Israel abgefeuert werden, dass viele Hamas-Kämpfer und jugendliche Palästinenser sich hinter Kindern und Frauen verstecken und mit Molotowcocktails und Wurfgeschossen versuchten, den Grenzraum zu durchbrechen. Kein Wort davon, dass Israel immer wieder Öl, Wasser, Zement, Baumaterial und anderes nach Gaza liefert - dass mit

dem Zement aber oft geheime Tunnels gebaut werden, um Waffen zu schmuggeln und Terroristen nach Israel zu schicken.

Kein Wort davon, dass die Angehörigen von palästinensischen «Märtyrern», die Israelis ermordet haben, von der Autonomiebehörde unter Präsident Mahmoud Abbas hohe Unterstützungszahlungen bekommen und dass an UNO-finanzierten palästinensischen Schulen die Konterfeis solcher «Märtyrer» prangen.

«10 vor 10», 16. Mai: Das gleiche Lied - gesteigert durch ein einseitiges Interview einer überforderten Susanne Wille mit dem israelischen Botschafter. Die wiederholte Kritik Willes gegen Israels angeblich unverhältnismässige Reaktion gipfelt in der Anklage: «Israel tötet Kinder und nimmt ihren Tod als Kollateralschaden bewusst in Kauf.» Zynischer geht es nicht mehr. Ausgewogene, sachgerechte Information sieht anders aus. Hans Fehr, Eglisau

«Erika Zahler als Gemeindepräsidentin»

Ich wohne, wie Erika Zahler auch, seit über 20 Jahren mit meiner Familie im beschaulichen Boppelsen. Erika Zahler habe ich vor langer Zeit persönlich kennen und schätzen gelernt. Beruflich konnte mich Erika Zahler sehr gut mit ihrem eigenen IT-Unternehmen unterstützen und beraten. Sie ist eine umgängliche, korrekte und verlässliche Persönlichkeit, was ich sehr schätze. So wie sie ihr eigenes Unternehmen seit 20 Jahren führt, genauso nimmt sich Erika Zahler der politischen Dinge an. Sie setzt sich mit viel Engagement und Sachverstand ein, um die bestmöglichen Lösungen zu finden.

Dass Erika Zahler im ersten Wahlgang mit 212 Stimmen ein so gutes Resultat für das Gemeinde-

präsidium erzielte, zeigt, dass das Volk sich hinter sie stellt und sie die richtige Besetzung für das Gemeindepräsidium ist. Mit ihrem Wissen und der bisherigen fundierten politischen Arbeit zeigt sie auch, dass sie die nötigen Kompetenzen mitbringt. Mit acht Jahren als Gemeinderätin und dem Mandat als Kantonsrätin kann sie für unser Dorf viel tun und ist ein echter Gewinn.

Zudem begrüsse ich es sehr, dass Erika Zahler als Unternehmerin Mitglied eines Gewerbevereins ist. So spürt sie auch den Puls der Wirtschaft, was ein weiterer Pluspunkt ist. Aus diesen Gründen werde ich meine Stimme Erika Zahler geben.

Dominique Bourquin, Boppelsen

Leserbild



Die Bachstelze hat viel zu tun: Im Fünfminutentakt bringt sie ihrem Nachwuchs Nachschub an Nahrung.

Foto: Heinz Zumbühl

«Am Volk vorbeigeregert»

Zu «Zwei ehemalige Parteikollegen duellieren sich»

Ausgabe vom 9. Mai

Den Artikel «Zwei ehemalige Parteikollegen duellieren sich» und den Leserbrief «Sie legte wichtige Meilensteine» sollte man nicht unerwidert lassen: Eine Interessengruppe namens IG Basi lud die Bevölkerung zu einem öffentlichen Aufeinandertreffen der beiden Kontrahenten um das Gemeindepräsidium, Doris Meier und Richard Dunkel, ein.

Zum Duell zwischen den beiden konnte es nicht kommen. Der Sprecher der IG Basi, ein FDP-Mitglied, verbat sich eine «Rückschau» auf die vergangenen vier Jahre. Fakt ist: Trotz des vom Leserbriefschreiber Schlüssel genannten «Palmarès» der zum dritten Mal als Gemeindepräsidentin antretenden Meier-Kobler verfehlte sie die Wahl zur Präsidentin. Dazu beigetragen hat bei vielen ihr Wechsel nach der Wahl zur FDP und das unter ihrer «Führung» seither stattfindende Am-Volk-vorbei-Regieren einer Mehrheit im Gemeinderat. Beispiele gibt es genug.

Richard Dunkel hingegen versteht sich als Bindeglied zwischen Bevölkerung, Gemeinderat und Verwaltung. Als Kadermitglied einer internationalen Firma ist er dazu befähigt. Daher mein Appell an alle: Geht am 10. Juni an die Urne, damit in Bassersdorf politisch ein Neustart stattfinden kann.

Adolf Kellenberger, Bassersdorf

«Der Verkehrsfonds ist ein Pfüsch»

Am 10. Juni stimmen wir über die Revision des Gesetzes über den Personenverkehr ab. Die Frage lautet, ob die Minimaleinlage in der Verkehrsfonds von heute 70 Millionen Franken pro Jahr reduziert werden soll.

Der Verkehrsfonds dient dazu, die Amortisation und Kapitalverzinsung der Investitionen in den öffentlichen Verkehr zu bezahlen. Er wurde vor 30 Jahren eingerichtet, um den Ausbau der S-Bahn und Ausbauten wie Glattalbahn oder Limmattalbahn zu finanzieren. Die laufende vierte Teilergänzung der S-Bahn, die in diesem Jahr abgeschlossen wird, wird erst in 30 Jahren amortisiert sein. Mit einer Kürzung der Einlagen in den Verkehrsfonds wird der Fonds aber schon in 20 Jahren ins Defizit fallen. Stand 31. Dezember 2017 sind noch 2,1 Milliarden Franken zu amortisieren und zu verzinsen, welche noch nicht durch Einlagen gedeckt sind. 2,1 Milliarden geteilt durch 30 gibt alleine für die Amortisation einen Bedarf von 70 Millionen Franken pro Jahr.

Weitere Ausbauten des öffentlichen Verkehrs sind aber nötig, so zum Beispiel die Verlängerung der Glattalbahn. Eine Reduktion der Einlage in den Verkehrsfonds gefährdet damit den weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Dieser ist aber zwingend nötig, damit es nicht zum Verkehrskollaps kommt. Darum am 10. Juni Nein zum Pfüsch am Verkehrsfonds.

Robert Brunner, Steinmaur

IN EIGENER SACHE

Letzte Leserbriefe

Die letzten Leserbriefe zum Urnengang vom 10. Juni erscheinen in der Ausgabe vom Freitag, 1. Juni. Die Redaktion